

Forschungsinstitut
Urban Management und Governance
Tätigkeitsbericht 2017

1 Editorial

1.1 Aufgaben des Forschungsinstituts

Das Forschungsinstitut für Urban Management und Governance wurde Ende 2010 eingerichtet, um Fragestellungen des modernen Stadtmanagements sowie der Urban Governance auf interdisziplinärer – vor allem wirtschafts-, rechts- und organisationswissenschaftlicher – Basis zu untersuchen und längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Nach Einrichtung der notwendigen Infrastruktur an der WU Wien wurden Projekte in unterschiedlichen Schwerpunktbereichen entwickelt. Die Forschungstätigkeit des Forschungsinstituts im Berichtsjahr 2017 soll im Folgenden dargestellt werden. Der Anspruch an eine Balance von wissenschaftlicher Forschung, anwendungsorientierter Expertise und Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch mit Entscheidungsträger/inne/n in der kommunalen Verwaltungspraxis nahm von Anfang an eine wesentliche Stellung ein. Die Aktivitäten des Forschungsinstituts wurden auch im Jahr 2017 fortgesetzt, wie der vorliegende Bericht dokumentieren soll.

1.2 Mitarbeiter/innen

Das Team des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance wird von je einer Professorin aus den Bereichen Betriebswirtschaftslehre und Öffentliches Recht geleitet.

Leitung:

- Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner
- Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate E. Meyer

Affiliierter Professor:

- Univ.-Prof. Dr. Markus A. Höllerer

Faculty:

- Dr. Vitaliano Barberio
- Thomas Hofer, BSc, LL.M.
- Birgit Hollaus, LL.M.
- Prof. Dr. Martin Kornberger
- Dr. Stephan Leixnering
- Dr. Stefan Mayr, LL.M.
- Katharina Parapatics, BSc, LL.M.

Darüber hinaus war im Berichtszeitraum folgende/r Wissenschaftler/in der WU Wien, die/der im Themenbereich Urban Management und Governance forscht, über Forschungsprojekte an das Institut angebunden:

- Em. o. Univ.-Prof. Dr. Peter Doralt
- Mag.^a Andrea Schikowitz

Wissenschaftliche studentische Mitarbeiter/innen:

- Hannah Brendgen, BSc
- Kerstin Halbedl, BSc
- Lisa-Maria Grob, LL.B.
- Theresa Obiegbu, MSc
- Mag.^a Lisa Schmutzer, LL.B.
- Caroline Stöger, BSc

Gastwissenschaftler/innen:

- Dr. Stephan Bohn (Universität Erfurt, D)
- Prof. Adrian Campbell (University of Birmingham, UK)
- Prof. W. E. Douglas Creed (Fulbright Visiting Professor; The University of Rhode Island, Boston/MA, USA)
- Prof.ⁱⁿ Caroline Dufour (York University, Toronto, CAN)
- Prof. Paul du Gay (CBS Copenhagen Business School, DK)
- Suzana Karabaić (Universität Zagreb, CR)

Mitarbeiterinnen in der Administration:

- Mag.^a Ute Springer
- Mag.^a Heike Wiesner

2 Tätigkeiten im Jahr 2017

2.1 Forschung

Die im Folgenden angeführten Forschungsaktivitäten und -ergebnisse stammen aus Urban-Management- und Governance-spezifischen Projekten der Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts bzw. zugeordneter Forscher/innen des Berichtsjahres 2017.

(Neue) Organisationsformen und ihre Governance-mechanismen

Public Corporate Governance: Öffentliche Organisationslandschaften und Steuerung autonomer Einheiten

Gebietskörperschaften erbringen wesentliche

Teile ihrer Leistungen mithilfe verselbständigter Einheiten, die sich voneinander in ihrem Autonomiegrad unterscheiden: teilselbständige Einheiten innerhalb der Verwaltung, ausgegliederte Rechtsträger des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts sowie zahlreiche gemischt-wirtschaftliche Beteiligungen. Deren rechtlichen Rahmenbedingungen (etwa für Haushaltsführung/Bilanzierung und Dienstrecht) und faktischen Governance-Strukturen weichen nicht unwesentlich von jenen der öffentlichen Verwaltung ab. Die Steuerung dieser unterschiedlich ausgeformten Organisationen obliegt in der Regel den Führungskräften innerhalb der Verwaltung und muss eine ausreichende Dezentralisierung von Kompetenzen und Ressourcen bei gleichzeitiger Sicherstellung von politischer, finanzieller, rechtlicher und leistungsbezogener „Accountability“ gewährleisten. Ziel des Projektes ist es zu untersuchen, inwiefern die Governance-Konfiguration der jeweiligen Einheiten (Rechtsform, Autonomiegrad, Steuerungsform etc.) der Balance zwischen Effektivität, Effizienz, Qualität und der politischen Verantwortung, die Erbringung einer Vielzahl von Leistungen für die Bürger/innen sicherzustellen, gerecht wird und in welchen Bereichen Verbesserungspotential besteht.

Im Berichtsjahr fokussierte das Teilprojekt „Serendipity of Fragmentation“ auf jene integrativen Mechanismen, die autonome Organisationen und Einheiten innerhalb öffentlicher Organisationslandschaften einbetten und für deren gesamthafte Kohärenz Rechnung tragen.

Dabei stellte sich heraus, dass die vielfach beklagte Fragmentierung solcher Organisationslandschaften ein unerwartet facettenreiches Phänomen darstellt und als ein grundlegendes Prinzip von deren Gesamtordnung verstanden werden kann. Im Berichtsjahr wurden die Forschungsergebnisse in verschiedenen internationalen Foren vorgestellt und deren Publikation vorbereitet.

Public Interest-Oriented: Neue Organisationsformen

Organisationen, deren Aktivitäten sich am Gemeinwohl orientieren, sind nicht auf den öffentlichen, aber auch nicht auf den sogenannten „dritten“ Sektor beschränkt. Gerade im angelsächsischen Raum etablieren sich aktuell neue Organisationsformen von Kapitalgesellschaften (z.B. die „B-Corp“ in den USA), deren Erfolg sich nicht ausschließlich an Rendite- oder Wertzuwacherwartungen der Shareholder misst: Das Organisationsziel ist auch gemeinwohlorientiert, der Unternehmensgegenstand dient dem öffentlichen Interesse. Ein historischer Blick auf die Etablierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform und Emblem des modernen Kapitalismus schlechthin zeigt, dass die Gemeinwohlorientierung dabei eine fundamentale Rolle gespielt hat, die sich insbesondere in Österreich auch bis heute in der rechtlichen Rahmenordnung ablesen lässt. Das Forschungsprojekt untersucht in Kooperation mit anderen europäischen Universitäten und österreichischen Expert/innen die Bedeutsamkeit

der Gemeinwohlorientierung in der Aktiengesellschaft und arbeitet deren Entwicklung historisch auf. Insbesondere neue gemeinwohlorientierte Kapitalgesellschaftsformen werden dazu in Beziehung gesetzt und vergleichend untersucht.

Das Projekt fokussierte im Berichtsjahr weiterhin auf die Institutionalisierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform. Diese Rechtsform enthält dem Grunde nach ein auf Gemeinwohl ausgerichtetes Element, dessen Bedeutung sich über die Zeit mehrfach gewandelt hat. Erste Ergebnisse des Projektes wurden auf zwei internationalen Konferenzen vorgestellt.

Aktuelle Urban-Management- und Governance-Trends

Open Government

Open Government ist ein Konzept, das aus wirtschaftlicher wie auch aus demokratiepolitischer Perspektive einen innovativen Beitrag zur modernen Stadtverwaltung leisten kann. In der Praxis sehen sich Stadtverwaltungen mit neuen Fragestellungen und Herausforderungen konfrontiert, wie etwa mit der Suche nach Governance-Mechanismen, welche die Steuerung von offenen Innovationsprozessen erlauben. Daran knüpft die grundlegende Fragestellung des Projektes an: Mittels welcher Governance-Mechanismen lassen sich Netzwerkprozesse steuern, und welche Veränderungen implizieren diese Mechanismen für Managementprak-

tiken und Organisationsstrukturen der Stadtverwaltung? Aufbauend auf dem Pilotprojekt „Organizing the Open“, das 2014 abgeschlossen wurde, wird diese Fragestellung im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie (Benchmarking) erörtert. Dabei werden Governance-Mechanismen in Open-Government-Prozessen in Stadtverwaltungen von Wien, Zürich, Berlin, Hamburg und München erforscht und systemisch miteinander verglichen. Die Ergebnisse des Projekts werden in einem Governance-Modell für Open Government zusammengefasst.

2016 wurde das Projekt abgeschlossen; zwei internationale Publikationen über die Ergebnisse liegen bereits vor.

PERCEIVE: Regionale Identitäten und Europäische Kohäsion

Das Ziel des durch das EU-Rahmenprogramm „Horizon 2020“ geförderten Projektes PERCEIVE („Perception and Evaluation of Regional and Cohesion Policies“) ist es, zum besseren Verständnis des europäischen Zusammenhaltes im Sinne der „Einheit in Vielfalt“ beizutragen. Dazu wird untersucht, inwiefern verschiedene nationale und gesamteuropäische politische Maßnahmen unterschiedliche Wahrnehmungen der Europäischen Union (EU) schaffen und je nach Region in unterschiedlichem Ausmaß zur Identifikation der Bürger/innen mit der EU beitragen. Dabei verfolgt PERCEIVE einen multi-disziplinären Zugang, der

sozial- und politikwissenschaftliche sowie regionalökonomische Ansätze verbindet.

Im Berichtszeitraum wurde das Projekt erfolgreich gestartet und ein umfassender Literature Review zur Europäischen Integration sowie zur Europäischen Integration aus einem sozialkonstruktivistischem Blickwinkel erstellt. Weiters wurde das Burgendland als Case-Study-Region ausgewählt und mit der Erarbeitung der Fallstudie begonnen.

Sharing Economy

Verschiedene Modelle der „Sharing Economy“ – vom „Car Sharing“ über die temporäre Vermietung von Wohnungen an Tourist/inn/en bis zum „Community Gardening“ – haben sich in den letzten Jahren etabliert. Während in den ersten Jahren des Aufkommens dieser Modelle die ökonomischen, ökologischen und sozialen Vorteile hervorgehoben wurden, werden seit kurzem auch die negativen Seiten einiger Sharing-Economy-Modelle in der Öffentlichkeit thematisiert. Da etablierte Branchen (z.B. Hotel- oder Taxigewerbe) durch die neuen Modelle unter Druck geraten und sich gegen die weitere Ausbreitung dieser neuen Modelle des Tauschens, Teilens und Leihens wehren, wird die mediale Debatte teilweise recht emotional geführt. Insbesondere größere Kommunen müssen dabei Maßnahmen ergreifen, obwohl viele grundlegende Fragen zu den neuen Sharing-Economy-Modellen noch ungeklärt sind,

z.B.: Welche sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungen haben spezifische Modelle? Welche lokalen und kommunalen Alternativen gibt es zu weltweiten Plattformen? Welche Ansätze zur Governance passen zum jeweiligen institutionellen und kulturellen Kontext einer Kommune?

Im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit mit dem deutschen Forschungsverbund „i-share“ weiter intensiviert und Vorarbeiten für eine vergleichende Untersuchung in Deutschland und Österreich geleistet. Das Forschungsinstitut kooperiert hier mit der Stadt Wien (MA 23) sowie mit den WU-Instituten für Organization Studies sowie Public Management und Governance.

Collaborative Governance in der Flüchtlingskrise

Die gegenwärtige Debatte, welche Organisationsparadigmen heute im öffentlichen Sektor bestimmend sind, ist durch eine Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen gekennzeichnet. Das gilt für normative Vorstellungen von „Good Governance“ gleichermaßen wie für analytische Konzepte in der Wissenschaft. Neue Probleme wie etwa die aktuelle Flüchtlingskrise zeigen, dass öffentliche Institutionen nicht nur ihre Rolle neu definieren, sondern auch neue Formen von „Collaborative Governance“ erproben müssen, um den neuen Situationen gerecht zu werden. Der andauernde Flüchtlingsstrom etwa stellt nicht nur eine menschliche und politische, sondern auch eine einzigartige

organisatorische Herausforderung dar: Organisationen der öffentlichen Hand arbeiten eng mit privaten Unternehmen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken zusammen – unter den Augen einer interessierten und teilweise sehr kritischen Öffentlichkeit.

Das Teilprojekt „Strukturen und Ströme: Schnittstellenmanagement und kollektives Handeln in der Flüchtlingskrise“ hat im Berichtsjahr die Organisation der Betreuung von Menschen auf der Flucht im Krisenherbst 2015 in Wien untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden bereits diffundiert; zwei Publikationen dazu sind in Vorbereitung.

Public Governance und Public Auditing

Rechnungskontrollbehörden (RKB) haben eine wichtige Funktion im öffentlichen Institutionengefüge. Als Kontrollorgane stellen sie heute vielfach eine der wenigen Einrichtungen dar, die einen gesamthaften Blick auf öffentliche Organisationslandschaften einnehmen können und auch müssen. Zudem erarbeiten RKB auf Basis ihrer Prüftätigkeit Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Wirksamkeit und Effizienz des Verwaltungshandelns und der Geschäftstätigkeit öffentlicher Organisationen. Inwiefern diese Empfehlungen von den betroffenen Organisationen und Organisationseinheiten auch umgesetzt werden und zu einer tatsächlichen Verbesserung führen, hängt maßgeblich von der Akzeptanz der RKB durch die Geprüften ab. Dieser Blick auf die Legitimität von RKB und ihrer Empfehlungen rückt da-

mit die Perspektive der geprüften Organisationen – der Kund/inn/en – ins Zentrum des Interesses. Gleichzeitig ist die Kund/inn/en-Sicht ein wesentliches Kriterium zur Beurteilung der Prüfqualität von RKB, die ja selbst in der Regel keinerlei externen Kontrollinstanzen unterliegen: Alternative Instrumente der Qualitätssicherung sind daher notwendig, um diese Lücke zu schließen.

Die Frage der Wirksamkeit von Prüfungen durch RKB wurde im Berichtsjahr im Rahmen des vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität geförderten Projektes durch eine Vollbefragung aller vom Stadtrechnungshof Wien geprüften rechtsfähigen Organisationen untersucht. Die Ergebnisse werden 2017 vorliegen.

Ländervergleichende EU-Projekte

Im Rahmen seiner Einbindung in Europäische Forschungsnetzwerke nahm das Forschungsinstitut im Berichtsjahr an unterschiedlichen komparativen Untersuchungen teil:

COCOPS („Coordinating for Cohesion in the Public Sector of the Future“): Public Sector Executive Identities. Im Rahmen von COCOPS wurde die bislang größte vergleichende Führungskräftebefragung im öffentlichen Sektor durchgeführt. Die Teilergebnisse für Österreich wurden im Berichtszeitraum im Rahmen eines komparativen Buchprojektes veröffentlicht. Das Team des Forschungsinstitutes untersuchte zudem, wie sich Verwaltungsreform-

maßnahmen auf die Rollenidentitäten von Führungskräften im öffentlichen Sektor auswirken. Auch dieses Projekt wurde im Berichtsjahr abgeschlossen, die Publikation der Ergebnisse ist für das Folgejahr geplant.

COST („European Cooperation in Science and Technology“): Joined-up Government on the Local Level. Gemeinsam mit Partner/innen aus Deutschland, Irland, Italien, Norwegen, UK und Ungarn und bearbeitete das Forschungsinstitut die Frage, in welchen Variationen und mit welchen Effekten Reformmaßnahmen, die auf eine Rezentralisierung des öffentlichen Sektors abzielen, in den unterschiedlichen Ländern umgesetzt wurden. Im Berichtsjahr erfolgte eine vergleichende Untersuchung in Österreich, Deutschland, Italien, Norwegen und Ungarn begonnen, deren Ergebnisse im Rahmen eines Herausgeber/innen-Bandes 2017 publiziert werden.

Forschungsfeld: Urbane Transformationsprozesse zur Nachhaltigkeit aus der Perspektive von Recht und Governance

VERTICAL^{urban}FACTORY: Kriterien, Potenziale und innovative Konzepte der vertikalen Verdichtung von Produktion und Stadt

Die Arbeit an dem , von der FFG im Rahmen des Programms „Stadt der Zukunft“ geförderten, interdisziplinären Projekt startete im September 2017.

Die Mischung der Funktionsbereiche Wohnen und Arbeiten kann einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung und zur Erreichung von ambitionierten Klimaschutz- und

Smart-City-Zielen leisten. Während die Transformation der Produktion (Industrie 4.0, customized production) eine teilweise Rückkehr der Produktion in die Stadt nahelegt, stehen dem auf der anderen Seite erhebliche Hürden und Konfliktpotenzial gegenüber. Konkrete Beispiele gelungener städtebaulicher Integration dienen als Ausgangspunkt weiterer Forschung zur Frage, wie unter den Bedingungen von „Raumverknappung“ auch im urbanen Raum gewerbliche und produzierende Nutzung und damit städtische Arbeitsplätze ermöglicht werden können. Dazu werden Konzepte „gestapelter Funktionen“ und vertikaler Produktion aus der Perspektive von Städtebau und Architektur, Verkehrswissenschaft sowie Recht und Governance untersucht.

Rechtsfragen der Energieraumplanung

Die Energieraumplanung verfolgt das Ziel, CO₂-Emissionen zu vermeiden, Energieeffizienz zu erhöhen und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern. Dazu sollen Raumplanung und Energieplanung auf Stadtteilebene integriert betrachtet werden. Wie internationale Beispiele zeigen, können bei der Energieraumplanung ganz unterschiedliche (rechtliche) Instrumente zum Einsatz kommen: Von hoheitlichen energiebezogenen Festlegungen im Flächenwidmungsplan über energetische Anforderungen in privatrechtlichen Verträgen beim Verkauf kommunaler Liegenschaften hin zu Förderanreizen ist eine Fülle an Instrumenten denkbar. Die integrierte Betrachtung von

Raumplanung und Energieplanung und die Umsetzung von integrierten Energieversorgungslösungen eröffnen zahlreiche rechtliche Fragestellungen. Am Forschungsinstitut werden in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien in einem Projekt rechtliche Aspekte der Energieraumplanung für Wien aufbereitet. Die Projektergebnisse sollen als fachliche Grundlage für das im STEP 2025 vorgesehene Fachkonzept „Integrierte Energie-Raum-Planung“ dienen.

Im Rahmen eines laufenden Dissertationsprojektes wurde im Berichtsjahr die umfassende Bearbeitung der rechtlichen Fragestellungen der Energieraumplanung weitergeführt.

INFINITE: Innovative Finanzierungsmodelle für nachhaltige urbane Energiesysteme

Im Oktober 2016 startete die Arbeit an diesem von der FFG im Rahmen des Programms „Stadt der Zukunft“ geförderten Projekts (Kategorie experimentelle Entwicklung).

Ein wesentlicher Baustein für nachhaltige Stadtteile bzw. Stadtentwicklungsgebiete sind nachhaltige urbane Energiesysteme. Diese produzieren erneuerbare Energie in einer lokalen Versorgungseinheit vor Ort. Die dabei gewonnene Energie wird gebäudeübergreifend geliefert. Allerdings sind Projekte im großen Maßstab aufgrund der hohen Komplexität und fehlender Finanzierungslösungen bislang schwer umzusetzen. Das Projekt INFINITE analysiert Rahmenbedingungen und Erfolgskriterien für die Wärmeversorgung von Neubauquartieren mit einem hohen Anteil von erneuerbaren

Energien Die Projektarbeit im Berichtsjahr hat gezeigt, dass nachhaltige („dekarbonisierte“) Energieversorgungs-lösungen insbesondere durch nicht-förderlichen rechtliche Rahmenbedingungen gehemmt werden. Das Projekt analysiert vor diesem Hintergrund die für den Wohnungsneubau bzw. für den Bau urbaner Neubauquartiere entscheidenden gesetzlichen Vorgaben und die auf solche Projekte einwirkenden ökonomischen Instrumente und erarbeitet Empfehlungen und Reformvorschläge.

E-PROFIL: Quartiersprofile für optimierte energetische Transformationsprozesse

Das von der FFG im Rahmen des Programms „Stadt der Zukunft“ geförderte Projekt sollte einen Orientierungsrahmen für die Steuerung von energiebezogenen Transformationsprozessen in Stadtteilen (im Sinne eines Übergangs zu erneuerbaren bzw. effizienteren Energieversorgungs- und Energiemanagementsystemen) entwickeln.. Am Beispiel von zwei bestehenden Quartieren in der Stadt Linz wurden planerische Ansätze für quartierspezifische Transformationsprozesse demonstriert sowie ein Umsetzungspfad im Sinne einer Roadmap erarbeitet. Das Team am Forschungsinstitut für Urban Management und Governance untersuchte Grundlagen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten von rechtlichen Instrumenten für eine energie- und ressourceneffiziente Stadtentwicklung in bestehenden Stadtquartieren. Der Schwerpunkt der Analyse lag, den Zielsetzungen des Projekts entsprechend, auf Ansätzen

und Instrumenten zur Weiterentwicklung von bestehenden Stadtquartieren. Neben dem Bau- und Raumordnungsrecht standen insbesondere auch das Energierecht, das Förderwesen und Querbezüge zum Wohn- und Mietrecht im Fokus. Internationale Beispiele wurden auf ihre Übertragbarkeit in den österreichischen Kontext hin untersucht und auch Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums analysiert.

Im Berichtsjahr wurde die inhaltliche Arbeit am Projekt erfolgreich abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden im Rahmen einer Abschlussveranstaltung im Ars Electronica Center vorgestellt und in einem Handlungsleitfaden zur energetischen Quartierssanierung anwenderfreundlich zusammengefasst. Zudem erfolgte die Publikation eines umfassenden Endberichts im Rahmen der Schriftenreihe „Nachhaltig Wirtschaften“ des BMVIT.

Stadt 2050: Nachhaltig und gerecht?

Nachhaltigkeit im breiten Sinne gehört gegenwärtig zu den häufigsten Schlagworten in der strategischen Stadtplanung: Technologische Modernisierung in Form von Investitionen in den IKT-Bereich soll mit sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit sowie politischer Mitbestimmung gekoppelt werden. Dabei wird häufig implizit davon ausgegangen, dass diese verschiedenen Formen der Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen oder zumindest miteinander kompatibel sind. Das Ziel des Forschungsvorhabens ist, moderne Stadtplanung auf ihr Potenzial für

Nachhaltigkeit im weiten Sinn – also für eine Stadtentwicklung, bei der soziale und politische Komponenten ebenso tragend sind wie technologische Erneuerung – zu untersuchen.

Im Berichtsjahr 2016 fokussierte eine sozialtheoretische Vorstudie auf die diesbezüglichen Zielsetzungen, welche die Stadt Wien in ihren Nachhaltigkeitsstrategien verfolgt. Erste Ergebnisse wurden auf der European Urban Research Conference diskutiert. In Kooperation mit dem WU-Institut für Gesellschaftliche Transformation und Soziale Nachhaltigkeit wurde ein weiterführender FWF-Projektantrag vorbereitet: Das geplante Grundlagenforschungsprojekt soll Urban Governance- und sozialtheoretische Perspektiven auf Nachhaltigkeiten verbinden.

Forschungsfeld: Städte im Spannungsfeld von Europäischer Integration und Globalisierung

Rechtliche Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich

Die Rolle der Kommunen als zentrale Erbringer/innen von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist wesentlich durch komplexe unionsrechtliche und welthandelsrechtliche Vorgaben mitgeprägt. Eine besondere und aktuelle Herausforderung stellen dabei EU-Handelsabkommen einer neuen Generation (wie TTIP oder CETA) dar, die neben einer Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen unter anderem Kapitel zum Beschaffungswesen, zur innerstaatlichen Regulierung und zum

Investitionsschutz inklusive Investor-Staat Streitbeilegung (ISDS bzw. ICS) vorsehen. Durch das Ineinandergreifen einer Vielzahl von Vertragskapiteln und -anhängen könnten diese Abkommen weitreichende Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und damit auch die politischen Handlungsspielräume zur Regulierung, Erbringung und Finanzierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge haben. Die Abkommen werfen daher auch die Frage auf, ob und inwiefern dadurch Freiräume zur Verwirklichung sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischer Ziele wieder geschlossen werden, die für den Bereich der Daseinsvorsorge von den Mitgliedstaaten gegenüber der EU in den letzten Jahren durchgesetzt bzw. vom EuGH anerkannt wurden.

Das Projekt baut auf einer 2015 durchgeführten Studie auf, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich untersuchte. Diese Studie hat eine Vielzahl an neuen Forschungsfragen aufgeworfen, die im Rahmen des Projekts weitergeführt und vertieft werden. Dazu zählen Grundlagenfragen, etwa zum Verhältnis zwischen den Abkommen und dem Recht der EU sowie der Mitgliedstaaten, und spezifische Fragestellungen, etwa im Bereich des Investitionsschutzes. 2017 wurden die Arbeiten am Projekt fortgesetzt.

Rechtliche Rahmenbedingungen für Rekommunalisierungen in Österreich

In den letzten Jahren wurde in vielen Bereichen

der Daseinsvorsorge ein zunehmender Trend zur Rekommunalisierung konstatiert und dieser Befund mit prominenten Beispielen – etwa der Rekommunalisierung der Wasserversorgung in Paris, Grenoble, Berlin, Potsdam oder Budapest – untermauert. Rekommunalisierungen bieten insbesondere im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen eine Möglichkeit, die Rollenverteilung zwischen Staat und Privat bei Bedarf neu festzulegen und so auf Fehlentwicklungen oder geänderte Präferenzen und Wertvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu reagieren. Seit Bekanntwerden der vielfältigen EU-Initiativen zum Abschluss neuer internationaler Handelsabkommen (z.B. TTIP, CETA oder TiSA) werden vonseiten der Kommunen immer wieder Befürchtungen geäußert, derartige Abkommen könnten künftige Rekommunalisierungsmaßnahmen erschweren oder gar verhindern. Rechtliche Schranken für Rekommunalisierungen können sich allerdings bereits aus dem nationalen Verfassungs- und Verwaltungsrecht ebenso wie dem Unionsrecht ergeben. Im Rahmen eines 2017 abgeschlossenen Dissertationsvorhabens wurden die rechtlichen Gestaltungsspielräume der Gemeinden mit Blick auf die Rekommunalisierung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen auf Ebene des nationalen Rechts sowie des Unionsrechts analysiert und auch die diesbezüglichen Auswirkungen von EU-Handelsabkommen am Beispiel des EU-kanadischen CETA untersucht. Die Ergebnisse des Projekts wurden im Rahmen mehrerer Vorträge präsentiert.

Konkurrierende Nutzungsansprüche an den urbanen öffentlichen Raum

Gerade in Städten ist der öffentliche Raum für verschiedene und mitunter konkurrierende Formen der wirtschaftlichen Betätigung häufig begrenzt, was zu schwierigen Verteilungsfragen führen kann. Schon die EU-Dienstleistungsrichtlinie sieht vor, dass immer wenn die Zahl der für eine bestimmte Dienstleistungstätigkeit verfügbaren Genehmigungen aufgrund der Knappheit der natürlichen Ressourcen oder der verfügbaren technischen Kapazitäten begrenzt ist, die Mitgliedstaaten ein neutrales und transparentes Verfahren zur Auswahl der Bewerber/innen anwenden. Im Rahmen dieses Projekts wurden im Berichtsjahr Rechtsfragen im Zusammenhang mit ausgewählten Knappheitssituationen u.a. im Spannungsfeld von Wirtschaftsfreiheit, Gleichheit, Nachhaltigkeitszielen erörtert und Verteilungsmechanismen auf ihre Handhabbarkeit im kommunalen Kontext untersucht.

2.2. Ausgewählte wissenschaftliche Publikationen, Konferenzbeiträge und Vorträge

Im Rahmen der Forschungstätigkeit am Institut entstanden Publikationen in fach einschlägigen Organen und Konferenzbeiträge:

Barberio, Vitaliano, Meyer, Renate, Höllerer, Markus, Jancsary, Dennis. 2016. Structuring dynamics of novel forms of organizing: The case of Apache open source production. 12th Workshop on New Institutionalism in Organization Theory, Luzern, Schweiz, 31.03.-01.04.

Bartenberger, Martin, Szescilo, Dawid. 2016.

The benefits and risks of experimental co-production: The case of urban redesign in Vienna. *Public Administration* 94 (2), 509-525.

Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan, Polzer, Tobias, Hrsg. 2017. "Joined-up" local governments? Restructuring and reorganising internal management. Wien: Facultas.

Brandtner, Christof, Höllerer, Markus, Meyer, Renate, Kornberger, Martin. 2017. Enacting governance through strategy: A comparative study of governance configurations in Sydney and Vienna. *Urban Studies* 54 (5), 1075-1091.

Essig, Stephanie, Hamedinger, Alexander, Kintisch, Max, Kretz, Simone, Lutz, Melanie, Madner, Verena, Mayr, Stefan, Mollay, Ursula, Parapatics, Katharina, Raho, Sebastian, Schremmer, Christof. 2017. SPRINKLE - Smart-City-Governance-Prozesse in kleinen und mittleren Städten. *Berichte aus Energie- und Umweltforschung* 8/2017. Wien: BMVIT, Programm Stadt der Zukunft.

Giffinger, Rudolf, Latzer, Daniel, Kalasek, Robert, Ecker, Martha, Getzner, Michael, Janke, Julia, Böhm, Michael, Madner, Verena, Grob, Lisa-Maria, Klima, Elisabeth, Pont, Ulrich, Mahdavi, Ardeshir, Schaffer, Hannes, Plha, Stefan, Eibl, Theresa, Hager, Wilfried, Utri, Gerhard, Naveau, Nicolas, Holzkorn, Peter, Berger, Gerfried, E_Profil: Quartiersprofile für optimierte energietechnische Transformationsprozesse. *Berichte aus Energie- und Umweltforschung* 9/2017. Wien: BMVIT, Programm Stadt der Zukunft.

Hollaus, Birgit. 2017. Austrian Constitutional Court: Considering Climate Change as a Public Interest is Arbitrary – Refusal of Third Runway Permit Annulled. *International Constitutional Law Journal* 11 (3), 467-477. Jancsary, Dennis, Meyer, Renate, Höllerer, Markus, Barberio, Vitaliano. 2016. Recursive categorization and enactment of role identities in pluralistic institutional contexts. SCANCOR Brown Bag Series

at Harvard University, Cambridge, MA, Vereinigte Staaten/USA, 17.10. Kornberger, Martin, Leixnering, Stephan, Meyer, Renate. 2016. Collaborative Governance in der „Flüchtlingskrise“: Wien im Herbst 2015. Fachtagung und wissenschaftliches Vernetzungstreffen der Diversity-Forschenden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Leibniz Universität Hannover, Deutschland, 09.09.-10.09.

Kornberger, Martin, Meyer, Renate, Brandtner, Christof, Höllerer, Markus. 2017. When bureaucracy meets the crowd: Studying "open government" in the Vienna city administration. *Organization Studies* 38 (2), 179-200.

Kornberger, Martin. 2016. Stepping on the toes of giants, or how to review the future of strategy research. In: *A Research Agenda for Management and Organization Studies* Hrsg. Kornberger, Martin, Cheltenham and Northampton, MA: Edward Elgar, 38-47.

Kornberger, Martin. Erscheinend. The values of strategy: valuation practices, rivalry and strategic agency. *Organization Studies* xx (xx): 1-21.

Kornberger, Martin. Erscheinend. The visible hand and the crowd: Analyzing organization design in distributed innovation systems. *Strategic Organization*.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Höllerer, Markus. 2016. Eine Frage der Werte: Politisierung und Vergütung bei öffentlichen Unternehmen. Jean Monnet Network Seminar: Services of General Interest in the EU. Integrierte Gesamtsteuerung der kommunalen Aufgabenerfüllung durch die öffentliche Hand, Zeppelin Universität Friedrichshafen, Deutschland, 21.11.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Polzer, Tobias. 2016. The sound of Vienna: Orchestrating public organizational landscapes. Research Seminar of the School of Public Affairs and Administration, Rutgers University, Newark, NJ, Vereinigte Staaten/USA, 30.11.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Polzer, Tobias. Erscheinend. Austria: "Joined-up" Government on the municipal level as coordination problem. Steering of decentralised units and cross-cutting policy issues. In: "Joined-up" local governments? Restructuring and reorganising internal management, Hrsg. Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan, Polzer, Tobias, Wien: Facultas.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate. 2016. Rediscovering an organizational form: Public interest-orientation as corner stone of the modern corporation. EGOS, Neapel, Italien, 07.07.-09.07.

Leixnering, Stephan, Papenfuß, Ulf. 2016. Potenziale und Problemfelder eines Public-Corporate-Governance-Kodex: Ein freundschaftliches und konstruktives Streitgespräch. Jean Monnet Network Seminar: Services of General Interest in the EU. Public Corporate Governance, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Deutschland, 04.04.

Leixnering, Stephan, Papenfuß, Ulf. 2016. Public Corporate Governance: Ein analytisches Rahmenkonzept für Steuerung im öffentlichen Sektor. zfo - Zeitschrift Führung + Organisation 85 (4), 224-228.

Leixnering, Stephan, Schikowitz, Andrea, Meyer, Renate. 2016. Austria: Nothing is different, but everything's changed. In: Public administration reforms in Europe: The view from the top, Hrsg. Hammerschmid, Gerhard, Van de Walle, Steven, Andrews, Rhys, Bezes, Philippe. Cheltenham and Northampton, MA: Edward Elgar Publishing, 41-51.

Leixnering, Stephan. 2016. The Austrian Way: A brief conversation on Public Governance, WU Wien und University of Birmingham, Wien, 08.04.

Madner, Verena. 2017. A New Generation of Trade Agreements – An Opportunity Not to Be Missed? In: Mega-Regional Agreements: CETA,

TTIP, TiSA. New Orientations for EU External Economic Relations, Hrsg. Griller/Obwexer/Vranes, 307-313. Oxford: Oxford University Press.

Madner, Verena. 2017. Die Transformation der Stadt zur Nachhaltigkeit – Erwartungen und Handlungsfelder. Einige Anmerkungen aus der Perspektive von Recht und Governance. Mapping Universities, Innsbruck, Österreich, 23.2.-24.2.

Madner, Verena. 2017. Globalisierung am Scheideweg: TTIP, CETA, TPP & Co. Public Lecture, WU Wien, 28.03

Madner, Verena. 2017. Partizipationskonzepte im Umweltrecht. umweltrechtsforum 2017, Graz, 22.06. Madner, Verena, Hollaus, Birgit. 2017. Offene Fragen zur Umweltinformationsgesetz-Novelle 2015. In 15 Jahre Aarhus-Konvention, Hrsg. Hochreiter, 19-24. Wien: AK Wien.

Madner, Verena, Mayr, Stefan, Vranes, Erich. 2017. CETA - Das EU-Wirtschaftsabkommen mit Kanada im Überblick. Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 44 (3), 102-110.

Madner, Verena, Schulev-Steindl, Eva. 2017. Dritte Piste - Klimaschutz oder Willkür? Anmerkungen zu VfGH 29.06.2017, E 875/2017, E 886/2017. Zeitschrift für Öffentliches Recht (72), 635-647.

Mayr, Stefan. 2017. CETA, TTIP, TiSA, and their Relationship with EU Law. In: Mega-Regional Agreements: CETA, TTIP, TiSA. New Orientations for EU External Economic Relations, Hrsg. Stefan Griller, Walter Obwexer, Erich Vranes, 246-278. Oxford: Oxford University Press

Mayr, Stefan. 2017. Rechtsfragen der Rekommunalisierung - Wirtschaftsverfassung, Binnenmarkt, Freihandel. Dissertation, WU Wien.

Mayr, Stefan. 2017. Rekommunalisierung, internationaler Handel und Investitionsschutz. Gutes Leben für alle, WU Wien, 10.02.

Mayr, Stefan. 2017. Rekommunalisierung im Lichte der neuen EU-Freihandelsabkommen. Workshop MA 27 "Aktuelles in der Daseinsvorsorge", Wien, 22.06.

Mayr, Stefan. 2017. Ausgewählte Rechtsfragen der Rekommunalisierung. Fachausschuss für Rechtsangelegenheiten, Österreichischer Städtebund, Feldkirch, 16.11.

Mensi-Klarbach, Heike, Leixnering, Stephan, Schiffinger, Michael. 2016. When it's hard to succeed with soft means: Women on Austrian supervisory boards. AoM, Anaheim, CA, Vereinigte Staaten/USA, 05.08.-09.08.

Mensi-Klarbach, Heike, Leixnering, Stephan. Erscheinend. Uncovering the myth of the rational good: Diversity Management and Corporate Social Responsibility in Austria. In: CSR and Diversity Management, Hrsg. Hansen, Katrin; Seierstad, Cathrine. Cham: Springer, 93-106.

Meyer, Renate E., Markus A. Höllerer und Stephan Leixnering. Erscheinend. A question of value(s): Political connectedness and executive compensation in public sector organizations. *International Public Management Journal*.

Polzer, Tobias, Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan. Erscheinend. Conclusion: Joined-up Government in the European local government sector. Variations on a theme. In: "Joined-up" local governments? Restructuring and reorganising internal management, Hrsg. Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan, Polzer, Tobias, Wien: Facultas.

Polzer, Tobias, Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan. Erscheinend. Introduction: Understanding Joined-up Government in the European local government sector. In: "Joined-up" local governments? Restructuring and reorganising internal management, Hrsg. Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan, Polzer, Tobias, Wien: Facultas.

Polzer, Tobias, Meyer, Renate, Höllerer, Markus, Seiwald, Johann. 2016. Institutional hybridity in public sector reform: Replacement, blending, or layering of administrative paradigms. *Research in the Sociology of Organizations* 48 (B), 69-99.

Schikowitz, Andrea. 2016. "Growing Cities": Enacting city growth through knowledge practices in participatory planning. Inside planning: Exploring the practices and cities of urban planning, München, Deutschland, 12.09.-13.09.

Vith, Sebastian, Oberg, Achim, Höllerer, Markus, Meyer, Renate. 2016. Heterogeneity in public governance: Why and how cities respond differently to the challenges of the sharing economy. i-share Research Workshop, Augsburg, Deutschland, 04.10.

2.3 Lehre und Veranstaltungen

Im Bereich des Regelstudiums trägt das Forschungsinstitut zu besseren Spezialisierungsmöglichkeiten für Studierende im Bereich Public sowie Urban Management und Governance bei. Auf Bachelor-Ebene werden entsprechende Lehrinhalte im Rahmen der Speziellen Betriebswirtschaftslehre „Public und Nonprofit-Management“, auf Master-Ebene im Rahmen von Electives im Management-Master und im Master Sozioökonomie bzw. Socio-Ecological Economics and Policy integriert und laufend weiterentwickelt. Im Rahmen von Bachelor- und Masterarbeiten konnten Studierende kommunale Themenstellungen insbesondere zu den Themen der Forschungsschwerpunkte laufend bearbeiten. Zudem wurden auch MBA-Masterarbeiten im „Public Auditing“ sowie im „Health Care Management“-

Programm der WU Executive Academy von Mitarbeiter/inne/n des Forschungsinstituts betreut.

Im Berichtsjahr 2016 wurde in einzelnen Lehrveranstaltungen wiederum ein besonderer Schwerpunkt auf Public Corporate Governance gelegt. Der „Dialog“, das Vortrags- und Diskussionsforum des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance (gemeinsam mit den Instituten für Organization Studies sowie Public Management und Governance), wurde wieder in die Lehrtätigkeit integriert, und so konnten im Jahr 2016 verschiedene Expert/inn/en zum und aus dem öffentlichen Management begrüßt werden, u.a. Mag. Herbert Böhm (ehem. Vorstand des Arbeitsmarktservice), Dir. Mag. Alexander Götz (Kaufmännischer Geschäftsführer der Theater in der Josefstadt Betriebsges.m.b.H.), Dr. Wolfgang Graf (Geschäftsführer der Graf Moser Management GmbH), SC i.R. Prof. Dr. Manfred Matzka (ehem. Präsidialvorstand des Bundeskanzleramts) und Mag. Andreas Mihalits, MBA (Direktor des Burgenländischen Landesrechnungshofs).

2.4 Vortragstätigkeit, Executive Education und Wissenstransfer

Das Forschungsinstitut stand auch im Berichtszeitraum 2016 als Ansprechpartner der Stadt Wien bei der Weiterentwicklung und Schulung im Rahmen der Dienststellenleiter/innen- und der Aufsichtsrät/inn/e/n-Lehrgänge zur Verfügung. Die Detailplanung erfolgte dabei zumeist

gemeinsam mit der Verwaltungsakademie der Stadt Wien.

Im Bereich der Executive Education waren Wissenschaftler/innen des Instituts als Vortragende (z.B. an der Wiener Verwaltungsakademie, dem Rechnungshof sowie ausgegliederten Rechtsträgern des Bundes) tätig und wirkten am Managementlehrgang für Dienststellenleiter/innen der Stadt Wien mit.

Das Institut trug zudem durch eine praxisorientierte Aufbereitung von Forschungsergebnissen (z.B. Bereitstellung von Forschungsberichten und Gastvorträgen) zum Wissenschaftstransfer in die Verwaltungspraxis auch auf Bundesebene sowie im internationalen Austausch bei. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner referierte etwa zum Thema Transformation der Stadt zur Nachhaltigkeit – Erwartungen und Handlungsfelder. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer stellte Projektergebnisse des Forschungsinstituts zu „Collaborative City Governance“ im Rahmen des im Wiener Rathaus stattfindenden Treffens europäischer Magistratsdirektor/inn/en vor. Univ.-Prof. Dr. Markus Höllner leitete eine wissenschaftliche Begleituntersuchung zur Wirksamkeit von RBK-Prüfungen, die im Rahmen eines Peer-Review-Verfahrens des Stadtrechnungshofes Wien durchgeführt und vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität gefördert wurde.

Weiters leisteten die Institutsleiterinnen und Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts durch die Tätigkeit in verschiedenen Gremien,

Expert/inn/en-Kommissionen und Beiräten einen aktiven Beitrag zum Wissenstransfer in die (kommunale) Praxis. So war etwa Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner im Expert/inn/en-Beirat der Steuerungsgruppe der Stadt Wien „Smart City Wien“, im Beirat des H2020 Projekts „Smarter Together“ und im Nachhaltigkeitsbeirat der Wiener Stadtwerke AG tätig. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer ist Mitglied im Aufsichtsgremium des Wiener Krankenanstaltenverbundes, im Kuratorium des KDZ, sowie im Kuratorium des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität; weiters Jurymitglied für den Kommunalwissenschaftlichen Preis der Carl- und Anneliese Goerdeler Stiftung sowie (gemeinsam mit Dr. Stephan Leixnering) im wissenschaftlichen Beirat des außeruniversitären Forschungsinstituts für Public Social Responsibility. Univ.-Prof. Dr. Markus Höllerer war gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartner/innen (u.a. der Stadt Wien und dem Bundeskanzleramt) Gastgeber der internationalen Tagung „Innovate 2016“, die sich dem Thema Innovationsmanagement im öffentlichen Sektor widmet.

Im Berichtsjahr startete das Projekt „PERCEIVE: Regionale Identitäten und Europäische Kohäsion“, das im Rahmen des hochkompetitiven EU-Programmes „Horizon 2020“ gefördert wird. Das ist eine Kooperation zwischen zwei italienischen, einer schwedischen, rumänischen, polnischen und spanischen sowie einer Universität aus UK. Geplanter Beginn ist das zweite Halbjahr 2016. Ein weiteres (gemeinsam

mit der MA 23 der Stadt Wien) neu aufgenommenes Projekt untersucht die Formen der Sharing Economy in Wien.

Auch im Berichtsjahr fand internationaler Austausch auf unterschiedlichen Ebenen statt: Das Forschungsinstitut ist Partner der europäischen COST-Action „Local Public Sector Reforms: An International Comparison“ (Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer), einem europäischen Forschungsnetzwerk mit über 100 Wissenschaftler/innen aus derzeit 27 Ländern. Das konkrete Ziel ist die vergleichende Analyse lokaler Reformmaßnahmen in ausgewählten Bereichen. Dieser (bisher einzigartige) systematische Vergleich soll in weiterer Folge auch Rückschlüsse für eine zukünftige Modernisierung des öffentlichen Sektors erlauben. Weiters ist Dr. Stephan Leixnering regelmäßig als Referent bei Seminaren des Jean-Monnet-Programms der Europäischen Union an verschiedenen Universitäten tätig.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer war im Berichtsjahr erneut Gastprofessorin am DFG-Graduiertenkolleg „Wicked Problems, Contested Administrations: Knowledge, Coordination, Strategy“ der Universität Potsdam.

Wissenschaftler/innen des Forschungsinstituts trugen auch als Gastgeber/innen internationalen Austauschs zur internationalen Vernetzung bei. 2016 war Prof. W.E. Douglas Creed (The University of Rhode Island, Boston/MA, USA), Fulbright Visiting Professor am Forschungsinstitut. Weiters waren Dr. Stephan Bohn (Universität Erfurt, Deutschland), Prof. Adrian Campbell (University of Birmingham, UK), Prof.

Paul du Gay (CBS Copenhagen Business School, DK), Prof.ⁱⁿ Caroline Dufour (York University, Toronto, Kanada) und Suzana Karabaić (Universität Zagreb, Kroatien) als Gastwissenschaftler/innen am Forschungsinstitut tätig.

Kontakt

Forschungsinstitut für
Urban Management und Governance
WU Wirtschaftsuniversität Wien
Welthandelsplatz 1, 1020 Wien
www.wu.ac.at/urban